

Zur Reichstagswahl im 7. württ. Wahlkreis.

Zur Reichstagswahl

werden wir um Aufnahme des folgenden im „Calw. Wochenbl.“ vom 8. d.S. erschienenen Artikels ersucht im Sinne vieler konservativer und liberaler Wähler auch im Bezirk Neuenbürg.

In weiten Kreisen, die ein Verständnis dafür haben, daß eine gedeihliche Entwicklung unseres gesamten Erwerbslebens nur dann möglich ist, wenn die Interessen von Landwirtschaft, Gewerbe und Industrie, die so eng in Verbindung miteinander stehen und die so sehr aufeinander angewiesen sind, gleichmäßig gewahrt werden, hat die Haltung, die unser seither. Reichstagsabgeordneter, Hr. Schrempf, bei der Abstimmung über den Zolltarif eingenommen hat, einen sehr unangenehmen Eindruck gemacht und tief verstimmt. Wir hätten erwartet, daß Hr. Schrempf in Rücksicht auf die blühende Industrie, die sich in unserem 7. Wahlkreis mehr und mehr entwickelt, wenigstens dem auch vielen Landwirten wohl annehmbar erscheinenden Vermittlungsantrag des freikonservativen Abgeordneten Kardorff zugestimmt hätte; Hr. Schrempf glaubte sich aber auf den extremsten agrarischen Standpunkt stellen zu müssen und er hat dadurch Industrie und Handel in unverantwortlicher Weise preisgegeben und ignoriert.

Ein großer Teil der nationalen und liberalen Wähler unseres Kreises hat bei der letzten Reichstagswahl einen stillschweigenden Kompromiß mit dem Bauernbund und der konservativen Partei geschlossen. Das ist aber kein Kompromiß mehr, bei dem ein Teil alles, der andere nichts gewinnt und wenn Hr. Schrempf als ausschließlicher Vertreter einer einzelnen Interessengemeinschaft auftritt, darf er nicht erwarten, daß auch diejenigen ihm ihre Stimme geben und für ihn eintreten, die durch seine politische Haltung, so sehr enttäuscht worden sind, mögen sie nun der konservativen oder einer anderen Partei angehören.

Man ist ja auch in konservativen Kreisen nicht mehr ausschließlich der Ansicht, daß der Bund der Landwirte das Interesse der Landwirtschaft allein und am besten vertritt und wir kennen ernste Männer unseres Bezirks, die es für einen verhängnisvollen Fehler halten würden, wenn die rechtlich denkenden konservativen Elemente unseres Wahlkreises sich dem Bund der Landwirte in seiner heutigen Ausartung völlig ein- und unterordnen wollten.

Unter „konservativ“ verstehen wir nicht eine ausgesprochen parteipolitische Richtung; wir haben darunter immer verstanden und verstehen heute noch das Festhalten an alten, guten und bewährten Einrichtungen im Staatsleben, ohne einem geordneten Fortschritt abgeneigt zu sein. Der Bund der Landwirte, mit seinen extremen Forderungen, der seine Parole von den ostelbischen Agrariern unter der Führung eines Dr. Hahn, Dr. Köstke u. erhält und unter falscher Nutzenwendung auf unsere süddeutschen Verhältnisse seine Agitation auch bei uns in maßloser, einseitiger Weise betreibt, hat nichts Konservatives an sich und entfremdet sich deshalb einen großen Teil gerade konservativer Wähler, die sonst ein warmes Herz für die Landwirtschaft haben.

Und so steht denn ein großer Kreis von Wählern unschlüssig vor der ersten und wichtigen Frage, wenn sie ihre Stimme bei der am 16. Juni stattfindenden Wahl geben sollen.

Man hört da und dort von einer Vereinigung der schwäbischen liberalen Parteien und wir könnten uns die Frage vorlegen, ob es nicht angezeigt erscheine, diesmal für den demokratischen Kandidaten einzutreten. Aber wenn wir auch einem vernünftigen Zusammengehen der Liberalen und Konservativen in unserem Bezirk und Land gerne das Wort reden möchten, so stehen dieser idealen „Verbrüderung“ leider vorerst noch ernsthafte Hindernisse im Weg.

So gemähtigt, versöhnlich und entgegenkommend auch die persönlichen Ansichten der Führer der demokratischen Partei, speziell in unserer Stadt Calw, erfreulicherweise sind, so steht die Partei als solche eben doch noch in untrennbarem engem Zusammenhang mit der zentralisierten Leitung der süddeutschen

Volkspartei. Diese letztere rückt zwar von der Sozialdemokratie nach und nach ab, versagt aber beinahe noch vollständig in allen nationalen Fragen. Wir hören bei der Wahlagitiation in anderen Bezirken von der Demokratie eine neue Militärvorlage bekämpfen, die noch gar niemand kennt; wir sehen dabei, wie man die „gruselig hohen“ Kosten für Flottendienst und Flottenbau von 16 Jahren summiert, ohne für die Bedeutung dieser Flotte für unser nationales Wirtschaftsleben auch nur das geringste Verständnis zu verraten.

Und dann die Presse! Als unsere Truppen in China standen, gab sich der „Beobachter“ zu den heftigsten Schmähsartikeln wider die deutsche Expedition-Armee her und als unsere Schiffe deutschem Recht vor Venezuela endlich Nachdruck verschafften, wetteiferte dasselbe Blatt mit dem „Vorwärts“ in Liebedienerei für den perfiden Castro. Und ferner: welch ein häßlicher Ton in diesem „Beobachter“, wenn von unserem deutschen Kaiser die Rede ist!

Mit der demokratischen Partei unter dieser Leitung und unter Führung der „Frankfurter Ztg.“ als Vertreterin von Großkapital, Börse, goldener Internationale und Freihandel, werden wir uns nie in Gemeinschaft zusammensuchen können und müssen eine Verständigung der liberalen und konservativen Parteien, die bei uns erreichbar sein wird sobald man sich von jeglicher fremden Oberleitung emanzipiert, der Zukunft überlassen, unsere Hoffnung auf die Jugend setzend.

Wir wissen, daß viele unserer Freunde auf dem Lande die Verwirklichung ihrer wirtschaftlichen Wünsche nur durch die Wahl des Hrn. Schrempf glauben erwarten zu dürfen und wir bedauern, diese Absicht mit ihnen nicht teilen zu können. Auch wir sind darüber einig, daß der bedrängten, mit mancherlei Not und Schwierigkeiten kämpfenden Landwirtschaft Unterstützung zu Teil werden muß, haben aber auch die feste Überzeugung, daß nicht durch einseitige Interessenspolitik, sondern durch die Politik weiser Mäßigkeit auf dem Wege der Verständigung etwas Ersprießliches erreicht werden kann.

Diese durch Vorsehendes klargelegten Verhältnisse in unserem Wahlkreis geben einer großen Zahl unserer Freunde und Gesinnungsgenossen Veranlassung, für diesmal auf die Ausübung ihres Wahlrechts zu verzichten; sie mahnen uns aber auch an die Notwendigkeit eines engen Zusammenschlusses aller derjenigen Elemente, die auf konservativem (in unserem Sinn), nationalem und liberalem Boden stehen und die sich dem Bund der Landwirte unterzuordnen nicht gewillt sind.

Viele konservative und liberale Wähler.

(Eingekandt.) Im allgemeinen ist es nicht wünschenswert und dem Frieden nicht dienlich, wenn auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet berufsmäßige Geschäftsführer von Parteien oder Wirtschaftsgruppen zu maßgebendem Einfluß gelangen, so sagte neulich der Staatsminister Dr. v. Bischof auf der Wanderversammlung der württ. Landwirte in Geislingen. Wie wahr dies ist und wie durch solche Personen die Gegensätze verschärft werden, zeigt uns die Wahlbewegung in unserem Bezirk. Sehr viele und zwar durchaus nationalgesinnte Wähler des Bezirks sehen in Schrempf eben den „berufsmäßigen Geschäftsführer“ des Bauernbundes und sind deshalb Gegner seiner Kandidatur. Keineswegs aber sind diese Männer Feinde der Landwirtschaft und des Mittelstandes überhaupt. Im Gegenteil, sie wollen, daß dem kleinen Bauern, dem Handwerker und allen denjenigen Erwerbsständen, die zum Mittelstand zählen, geholfen werde, und deshalb sind sie für langfristige, vorteilhafte Handelsverträge, aber ohne hohe Getreidezölle. Getreidezölle und Industriezölle sind ihrem Wesen und ihrer Wirkung nach grundverschieden. Die volkswirtschaftliche Absicht bei den Zöllen ist, daß die durch Zölle geschützte Industriebranche im stande ist, sich entweder durch Erweiterung ihrer Betriebe oder durch Erhöhung der Zahl der beteiligten Betriebe unter dieser Garantie in die Höhe zu arbeiten. Von diesem Gedankengang aus nennt man die Schutzzölle Erziehungszölle, weil sie den Zweck haben, Industriezweige in die Höhe

zu erziehen. Und unter der Voraussetzung der freien Konkurrenz unter den Beteiligten in derselben Branche hat diese Art des gewerblichen Schutzzolls die Eigenschaft, im Laufe einer gewissen Zeit sich selber volkswirtschaftlich überflüssig zu machen; denn je mehr daran teilnehmen werden, desto mehr verteilt sich der Nutzen, der davon kommen kann, desto mehr wachsen die Geschäfte dieser Branche in die Höhe, füllen den inländischen Markt und fließen in das Ausland hinüber, und so lange sie nicht kartellmäßig, syndikatsweise unter sich zusammengebunden werden, werden sie trotz der Zölle den Inlandspreis durch ihre eigene Konkurrenz wieder ermäßigen, wenn sie zahlreicher und leistungsfähiger geworden sind.

Anderes steht es auf dem Gebiet der Landwirtschaft. Da gilt heute noch, was unser Landsmann Friedrich List, jener geistvolle Volkswirtschaftler, gesagt hat: „Landwirtschaft durch Zölle heben zu wollen, ist unsinnig“. Und warum? Landwirtschaftliche Zölle vermehren zunächst die landwirtschaftliche Tätigkeit nicht, und das ist der Punkt, auf den alles ankommt. Die Zölle vermehren die Ackerfläche nicht dank des läckenlosen Tarifs der Agrarier, der jedes Bodenerzeugnis vom Garten bis zum Walde mit Zöllen schützt, damit alles seinen Bestand hat. Die Zölle erhöhen nicht einmal die Intensität des Betriebs. In England z. B., wo der Bauer seit 50 Jahren ohne Zölle ist, erntet man auf dem häuerlichen Hektar 31 Doppelzentner, während wir auf derselben Fläche nur 18 Doppelzentner ernten. Der englische Bauer hat sich einfach sagen müssen: entweder du bearbeitest deinen Acker mit der ganzen Genauigkeit und Intensität, die der gewerbliche Mann an sein Geschäft wenden muß, das zurückgeht, wenn er nicht mit der Zeit vorwärts schreitet, oder du kommst nicht vorwärts.

Ein weiterer Grund, warum die höchsten Getreidezölle nichts nützen können, ist der, daß die Landwirtschaft die ihr zukommenden Kapitalien nicht in den Betrieb hineinsteckt, sondern in die Güterpreise, d. h. der Zoll steigert den Ertrag und damit den Wert des Gutes, also den Preis bei späterem Verkauf und damit auch wieder den Zins oder die Pacht. Einige Jahre, und der Ruf nach höheren Zöllen erschallt von neuem. Aus den 30 M., die nach den des Fürsten Bismarck Anspruch „nicht der verdrängte Agrarier“ verlangen könnte, sind jetzt 50 M. (als Mindestzoll) geworden, und künftig werden 75 M. und noch mehr daraus. Es ist die Schraube ohne Ende. Einen dauernden Nutzen von hohen Getreidezöllen hat also niemand, weil die Güter durch Kauf und Verkauf oder durch Erbschaft den Besitzer immer wieder wechseln. Die Kleinbetriebe — und deren sind es in Württemberg 241 043, d. h. reichlich 78% — haben von den Zöllen keinen Nutzen, denn sie haben kein Getreide zu verkaufen. Der Getreidezoll handelt nach dem Bibelwort: „Wer da hat, dem wird gegeben!“ Wenn immer wieder behauptet wird, der Zoll erhöhe die Getreidepreise nicht, so ist dies einfach unwahr. Der Zoll hat ja gerade den Zweck, die Preise um seinen Vollbetrag zu steigern. Das hat die Regierung selbst zugegeben. Denn in der Begründung zum Zolltarifgesetz heißt es wörtlich: „Die Preise des Inlands erfuhren, soweit die Verhältnisse der letzten Jahrzehnte eine Beurteilung ermöglichen, durch die Zölle eine ihrem Betrage ziemlich entsprechende Steigerung.“ Je höher der Zoll, desto höher der Preis. Werden nicht die 50 M. der Regierung, sondern die 75 M. des Bundes der Landwirte als Mindestsatz eingeführt (und das will Schrempf), dann um so schlimmer. Das wäre für 9 Millionen Tonnen Roggen und Weizen eine Belastung des deutschen Volkes mit 675 Millionen Mark, wovon nur etwas über 200 Millionen in die Reichskasse fließen, das übrige läme in erster Linie den 25 000 Großgrundbesitzern zugut, die je über 100 ha besitzen. Daß die Zölle vom Ausland getragen werden, wie die Bündler behaupten, wird durch die Praxis widerlegt. Als wir in den Jahren 1887 bis 1893 den 5 M. Zoll auf den Doppelzentner hatten, war in Stuttgart der Preis für den Doppelzentner Roggen 16.97 M., für Weizen 20.95 M., für Gerste 18.09 M., für Haber 15.19 M. Als dann infolge der abgeschlossenen Handelsverträge die Getreidezölle

auf 3.50 M für Brotfrüchte, auf 2.80 für Haber herabgesetzt wurden, da folgte ein Rückgehen der Preise, denn es kostete in den Jahren 1893—1899 der Doppelzentner Roggen 14.97 M, Weizen 18.09 M, Gerste 15.62 M, Haber 14.78 M; es war also ein Rückgang in der annähernden Höhe der Herabsetzung der Zölle bemerkbar. Wer ehrlich sein will, kann also davor die Augen nicht schließen, daß die Zuwendungen, die einem kleinen Teil der Landwirtschaft durch höhere Getreidezölle gemacht werden, nur durch eine korrespondierende Belastung der der Landwirtschaft nicht angehörenden konsumierenden Bevölkerung bewirkt werden können. Diese einfache und nächstliegende Tatsache, die selbst von Minister Dr. v. Bischoff im Reichstag besonders hervorgehoben wurde, sollte nicht einfach mit Stillschweigen übergangen werden. „Jedem das Seine“, das sei unsere Losung. Nicht zu einseitiger Interessensvertretung fordern wir auf, nicht zur Begleichung zu reizen wir auf, wir rufen zur Pflicht. Wir wollen liberal sein und das heißt in unserem Sinne gerecht sein, heißt der Interessenspolitik entgegenzutreten, welche alle Klassen auseinanderreißt und stets zu Gunsten der Mächtigen, nie des Bürgertums, der schaffenden Arbeit ausschlug.

(Eingesandt.) Eine ganze Sintflut von Tinte und Druckerwärme ergießt sich in den Nummern 88 und 89 des „Enztäler“ über den armen Einsender im 8. Juniheft, welcher wohl damit gründlich bezoffen, wenn nicht gar ersäuft werden sollte. Derselbe Einsender kann aber schwimmen und freut sich des Wellenbruchs recht herzlich, denn ein solches ergießt sich erfahrungsgemäß meist erst, wenn es vorher tüchtig eingeschlagen hat. Und das hat's offenbar! Da aber solche Wellenbrüche doch auch ihre schlimme Seite haben, nämlich für den armen „Enztäler“, dessen Spalten dadurch überschwemmt werden, so will sich der Verfasser des Gegenwärtigen nach Möglichkeit der Kürze befleißigen. Wir wissen jetzt: Hr. Schrempf ist also ganz konservativ. Konservativ und liberal schließen sich aber aus, das sagt ja einer der Herren Einsender, falls nicht am Ende alles aus einer Küche kommt, selber. Wie sich nun diese zwei Gegensätze vertragen oder gar vereinigen können, muß eben abgewartet werden. Und nun ein Trost für den einen unter den vielen Herren Einsendern: Hr. Schweidhardt ist Kandidat der Deutschen Volkspartei und selbst auch Mitglied derselben und der böse Einsender dieses ist auch so ein schrecklicher Mensch, das läßt sich leider nicht verschweigen und höchst wahrscheinlich nicht einmal ändern! Gerade einen solchen unterstützt aber geschlossen die Deutsche Partei im 12. Wahlkreis gegen einen Konservativen, und sie wird wohl wissen, warum. Vielleicht werden's die Anhänger der Deutschen Partei des Bezirks Neuenbürg auch wissen, im übrigen haben sie ja ihre eigenen Köpfe auf! Und wenn schließlich behauptet wurde, wir zweifeln an der Zugkraft unserer guten Sache, so ist das ein gewaltiger Irrtum. O nein! Hoffnungsfreudig wie nie sehen wir dem Tag der Entscheidung entgegen, der, wenn nicht alles trügt, Hr. Schrempf wenig Freude bereiten, uns aber den Sieg des Hrn. Schweidhardt bringen wird!

(Eingesandt.) Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit wollen die Sozialdemokraten den Menschen bescheren. Sie sprechen diese schöne Verheißung den „Geldern“ der französischen Revolution nach. Wie aber haben diese sie in die Praxis umgesetzt? Einer stieg über den Leichnam des andern zur Macht empor, die er wie der grausamste Tyrann mißbrauchte, bis er unter der Hand der Henkersknechte seiner „Brüder“ fiel. Wer ein freies Wort sprach, dessen Haupt rollte alldald in den Sand; wer eine eigene Meinung auch nur verstoßen andeutete, der mußte schmachten hinter Kerkermauern. Diese schaurigen Zustände währten so lange, bis ein Gewaltmensch kam, der sich zum Kaiser aufschwang und die ganze Herrlichkeit der „freien, gleichen und brüderlichen“ Republik über den Haufen warf. Niemals ist ein Wahlpruch von seinen eigenen Verkündigern schneulicher und blutiger erhöht worden, als der von der Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit während der französischen Revolution. Auch unter den heutigen Nachbetern dieses Wahlpruches ist von seiner sinngemäßen Durchführung wenig zu spüren. In den sozialdemokratischen Schriften wird das Christentum mit seinem unvergleichlich herrlichen Grundjahre der ewigen Liebe, der selbstlosen Nächstenliebe, geschmäht und bespöttelt. Jedermann, der seine eigene Ansicht vertritt, wird, soweit sie nicht mit der Sozialdemokratie übereinstimmt, angefeindet und in den Staub gezogen. Wenn die Sozialdemokratie nach ihrer eigenen Lehre handelte, so müßte sie doch die Freiheit jeglicher Meinung, auch der den

Lehren der Sozialdemokratie widersprechenden, achten und ehren, sie müßte den Freund wie den Feind mit gleicher Brüderlichkeit umfassen und nur lehrend und klärend für ihre Ziele zu wirken suchen. Aber die Sozialdemokratie belämpft alles, was ihr nicht in den Kram paßt, im rohesten Ton, sie klärt nicht auf, sondern sie verhetzt, sie lehrt nicht, sondern sie verdammt, sie bemüht sich nicht um den Frieden, sondern sie sät Mißgunst und Haß.

Sogar den Freunden verwehrt sie die Freiheit und Gleichheit, auch ihnen gegenüber will sie von Brüderlichkeit nichts wissen. Sie tritt dem Schein nach für die vollständige Koalitionsfreiheit der Arbeiter ein. Wenn man aber genauer zusieht, so ist sie für den Koalitionszwang. Die Koalitionsfreiheit der Sozialdemokratie besteht lediglich darin, daß alles in sozialdemokratischen Verbänden sich organisiert, tüchtig Beiträge zahlt und ohne Murren nach der Pfeife der Agitatoren tanzt. „Wer nicht pariert, liegt hinaus!“ In diesem Worte Liebknechts gipfelt die ganze Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit der Sozialdemokratie. Nirgends herrscht ein so skandalöser Zwang des Wortes, des Gedankens, ja des Gewissens, wie bei ihr.

Es ist unfassbar, daß sich so viele Arbeiter diesen bodenlosen Druck noch immer gefallen lassen. Als Staatsbürger haben sie doch neben ihren Pflichten eine Menge Rechte — wer wollte das leugnen? Aber als Sozialdemokraten haben sie nicht das kleinste Recht und nicht den mindesten Vorteil. Sehen sie denn nicht ein, daß sie sich zum unmündigen Kinde herabwürdigen! daß sie statt der Freiheit, die sie als Staatsbürger genießen, ein regelrechtes Sklavenleben führen, wenn sie bei der Sozialdemokratie bleiben! Auf, deutsche Arbeiter, brecht die Ketten, durch die ihr unter der trügerischen Vorpiegelung von Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit gefesselt seid! Los von der Sozialdemokratie! sei eure Parole am Wahltag.

Von der Wahlfaulheit.

Kürzlich brachte die „Württ. Volksztg.“ eine dankenswerte Zusammenfassung über die letzten Reichstagswahlen in Württemberg, in welcher die Zahl der in den 17 Wahlkreisen abgegebenen Stimmen, sowie die Kandidaten der verschiedenen Parteien mit den auf sie gefallenen Stimmen verzeichnet waren. Als eine Art Ergänzung dieser Wahlstatistik möchten wir aus den wichtigsten Wahlkreisen die Zahlen der Wahlfaulen nachtragen und hoffen dabei, daß vielleicht da und dort dadurch der Mut gestärkt und der Eifer, die Wahlberechtigten zahlreicher zur Wahlurne zu bringen, erhöht werde. Denn nichts kommt der Sozialdemokratie so sehr zu statten, als die Gleichgültigkeit und Wahlfaulheit der nicht sozialdemokratischen Wählerschaft. Die allgemeinen Reichstagswahlen vom Juni 1898 hatten im ganzen Reich unter geringerer Teilnahme stattgefunden, als man es seit 15 Jahren erlebt hatte, indem nur etwa 67% der Wahlberechtigten abstimmten. Auch bei uns in Württemberg rückte sich diese Gleichgültigkeit; so stieg im 1. Wahlkreis die Sozialdemokratie, die nur über 40,2% der Wählerstimmen verfügte, gleich im ersten Wahlgang aus dem Grund, weil über 9200 Wahlberechtigte der Urne ferngeblieben waren. Auch in dem damals wie im kommenden Juni heißumstrittenen 2. und 3. Wahlkreis machten rund je 7000 Wähler von ihrem Wahlrecht keinen Gebrauch. Die Zahl der Wahlfaulen im 5. Wahlkreis betrug mehr als 6000. Sobald es hier gelingt, die Gleichgültigen aufzurütteln und zur Ausübung ihres Wahlrechts zu bestimmen, ist die Niederlage der Sozialdemokratie entschieden. Im 10. Wahlkreis, auf den sich die Sozialdemokraten Hoffnung machen, blieben vor fünf Jahren sogar nahezu 8300 Wähler zu Hause! Im 11. Wahlkreis stimmten über 6000 und im 12. Wahlkreis über 10000 Wahlberechtigte nicht ab, und im 14. Wahlkreis (Geislingen, Heidenheim, Ulm) fehlten bei der wichtigen Stichwahl 8300 Wähler. Doch genug! Es ist ein beschämendes Bild von Gleichgültigkeit gegenüber den staatsbürgerlichen Rechten und Pflichten, das die letzten Reichstagswahlen darboten und klar ist, daß in der Zahl des allgemeinen, gleichen Wahlrechts die Pflicht, allgemein abzustimmen, von den Anhängern der sogenannten Ordnungsparteien viel ernster aufgefaßt und viel eifriger erfüllt werden muß, wenn man nicht die Mitschuld auf sich laden will, der Umsturzpartei in die Hände zu arbeiten. Vor fünf Jahren gelang es im Königreich Preußen, die Zahl der sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten um 7 zu vermindern. Bei gewissenhafter Arbeit und treuer Ausübung des Wahlrechts ist die Hoffnung berechtigt, daß auch diesmal die hochgepannten Erwartungen der Umsturzpartei eine starke Enttäuschung erfahren.

Redaktion, Druck und Verlag von C. Meck in Neuenbürg.

Dermischtes.

Von der Haardt, 9. Juni. Auf eigenartige Umstände wurde von einem bis jetzt nur standesamtlich getrauten Ehepaar in Mörsch die kirchliche Trauung nachgeholt. Das Ehepaar wurde mit Zwillingen beschenkt. Kaum hatten dieselben das Licht der Welt erblickt, so ließ ihr Zustand unzweifelhaft darauf schließen, daß das Zwillingpaar nicht die Absicht hatte, diese mühselige Welt lange durch seine Gegenwart zu belästigen. Der Herr Pfarrer mußte herbeigeholt werden, um die Taufe zu vollziehen. Mittlerweile erkrankte aber die Frau, und zwar so schlimm, daß eine Vernehmung notwendig wurde; doch mußte sich bedingungsgemäß erst die kirchliche Trauung vollziehen, der sich die beiden Ehegatten in bereitwilligster Weise unterwarfen. Also Kindstauf, Trauung und Vernehmung an einem Tage!

(Das letzte Lied.) In Wien ist die Sängerin Frau Irma Golz im Alter von 29 Jahren gestorben. Sie fühlte den Tod nahen und bereitete sich auf ihn in einer Weise vor, die ihr Ableben zu einer der erschütterndsten Sterbeszenen machte. Frau Golz war das Opfer einer tödlichen und unheilbaren Krankheit. Sie litt an Blutzersetzung. Der behandelnde Arzt, der wiederholt an ihr die neue Anwendung der ultravioletten Strahlen versucht hatte, sagte ihr kurz vor ihrem Tode: „Sie käme jetzt in die violetten Strahlen.“ Frau Golz erwiderte: „Nein, in den blauen Himmel!“ In derselben Nacht sprach die Künstlerin den Wunsch aus, aus dem Bette in einen Lehnstuhl gehoben zu werden. Dies geschah, darauf nahm die Kranke von ihren Angehörigen Abschied. Sie erklärte ihrem Gatten, daß sie ihm seine Freiheit wieder gebe, erteilte einigen Anwesenden gute Lehren und nun spielte sich eine Szene voll Tragik ab. Frau Golz bat mit schwacher Stimme, man möge sie festlich schmücken und ihr die Prunkgewänder der „Traviata“ anlegen. Die Angehörigen erfüllten ihren Wunsch, so weit sich die Toilette beschaffen ließ. Dann bat die Sterbende, man möge viel Licht in das Zimmer bringen, daß es taghell ersirale. Der Raum erglänzte bald in vollster Beleuchtung. Nun ersuchte Frau Golz ihre Brüder, sich ans Klavier zu setzen und Mendelssohns „Frühlied“ zu spielen. Als die Brüder die Tasten anschlügen und die ersten Akkorte den Raum durchzitterten, erhob sich Frau Golz im Lehnstuhl und sang mühsam mit schwer zu schilderndem Ausdruck die Melodie mit. Plötzlich brach die Sterbende mitten im Gesange ab und glitt mit den Worten: „Zur Erde, zur Erde!“ langsam zu Boden. Als sich Ärzte und Verwandte um die Unglückliche bemühten, sahen sie, daß der Tod eingetreten war. . . . Alle Vorbereitungen hatte Frau Golz mit solcher Bestimmtheit verlangt, daß man die Erfüllungen ihrer Anordnungen, so schwer es auch den Angehörigen wurde, nicht verweigern konnte.

(Ein 5 M. Stück mit einem merkwürdigen Prägeschler) ist dem V. L.-Anz. heute vorgelegt worden. Es handelt sich um eine der neuen Münzen mit dem Bilde Kaiser Wilhelm II., der Jahreszahl 1903 und dem Münzzeichen A. Bekanntlich tragen unsere Silberstücke auch auf dem Außenrande die gestanzte Inschrift: GOTT MIT UNS. Bei dem Geldstück fehlt nun das G, so daß die Umschrift lautet: OTT MIT UNS. Das Fehlen dieses einen Buchstabens ist darauf zurückzuführen, daß die Münze bei der Prägung sich verschoben hat, oder daß der Buchstabe G aus der Stanze herausgefallen ist. — Der Prägeschler wurde durch einen Zufall von einer jungen Dame, der Kassiererin eines hies. Vereins, gefunden.

(Was es gekostet hat.) Eine Rechnung macht die „Rhein- und Ruhr-Ztg.“ auf. Aus Mülheim an der Ruhr beteiligten sich an dem großartig verlaufenen Sängerkongress in Frankfurt a. M. zwei Vereine mit zusammen 300 Mitgliedern: Fahrkosten zu M. 11.20 gleich M. 3360, Festbeitrag zu M. 5.— gleich M. 1500, Verzehr in Frankfurt zu M. 20.— gleich M. 6000, entgangener Wochenverdienst zu M. 30.— gleich M. 9000, also rund 20000 M. Die Kosten für die zahllosen Proben sind dabei nicht gerechnet.

[Gannerfrechheit.] Polizist (zu einem Dieb, den er beim Abschneiden von Telephondrähten überrascht): „Sie, kommen Sie mal runter, was machen Sie denn da oben?“ — „Herr Wachtmeister, führen Sie mich, ich richte hier Telegraphie ohne Draht ein!“

[Arme Treiber.] Frau (zu ihrem von der Jagd heimkehrenden Mann): „Nun, was getroffen heute?“ — Mann (mürrisch): „O ja!“ — Frau: „Dast Du's schon in die Küche gebracht?“ — Mann: „Ne, aber in's . . . Krankenhaus!“

Er Montag Freitag

Freis in Neuenbürg Durch d. im Orts-Verkehr im sonst Verkehre je 20

Wohn-Postamt

Der Wochen am Do Frohne Tageser Erledigt Füllen lassen, die pol Die B Schmä bieten la bewür Die Di sie fort Von be Fürstbi polnische niemals des Br Diözei eines tr die deut besonders gegen d polnische ist der 1898 da hat sich daß w kirchliche gegen d

Rie dem Be den Leb eingetro und An Das tanische wo es

Der liche dürfte e Personer

22)

Ohn Mädch reichlich manche bedürftig

Nur Fred W sie auch so herlich schmerzli sie einja Ihre rat Fran zurüdgef ihrem D

Was haben, d Er r und sie aufgesun Es Mit wel stadt wie lich verla War und hilf